

Pöfener Tageblatt

Steuerrek. amationen
selbständig u. richtig durch
Das polnische
Einkommensteuer-
Gesetz
in deutsch. Uebersetzung
Preis **7.50.**
in jedem der beiden Verlagsstellen.

Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł. bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifenband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł. Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmt. Einzelnummer 0.25 zł. mit illustr. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die Schriftleitung des Pöfener Tageblattes. Pöfener, Zwierzyńska 6, zu richten. — Fernspr. 6105. 6275. Telegrammanstalt: Pöfener, Zwierzyńska 6. Postfach-Konto in Posen: Pöfener Nr. 200288 (Concordia Sp. Akt., Druckarnia i Wydawnictwo, Pöfener). Postfach-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr. im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Deutschland 12 bzw. 50 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvorschritt u. schwieriger Satz 50%. Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Ercheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge unbedeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. j. o. o., Pöfener, Zwierzyńska 6. Fernspr. 6275, 6105. — Postfach-Konto in Posen: Pöfener Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 166102 (Kosmos Sp. j. o. o., Pöfener).

Kosmos
Terminkalender
1932
unentbehrlich auf jedem
Schreibtisch
Preis **5.00**
in jeder Buchhandlung
oder bei KOSMOS, Zwerzyńska 6, Telef. 6105

71. Jahrgang Freitag, 29. Januar 1932 Nr. 23.

Das 100-jährige Jubiläum der Taubstummenanstalt in Posen

Aus Anlaß dieser Feier ist im „Kurjer Pozn.“ 26. I. 1932 (Nr. 40) ein Artikel, gezeichnet P., erschienen, in dem über Schulrat Josef Radomski, den einzigen langjährigen Direktor der hiesigen Taubstummenanstalt († 25. II. 1929), in überaus gehässiger und einseitiger Weise gesprochen wird. Er wird Renegat genannt und beschuldigt, daß er binnen 10 Jahren die Anstalt vollständig germanisiert habe. Dieser Vorwurf wird zwar gleich darauf dadurch eingeschränkt, daß zugegeben wird, in den höchsten Klassen sei die polnische Sprache einige Stunden wöchentlich gelehrt worden, aber auch mit diesem Zugeständnis hätte Radomski sicherlich Schluß gemacht, wenn ihn daran nicht der damalige Landeshauptmann, ein Deutscher, gehindert hätte. Das polnische Taubstumme Kind sei also von Anfang an nur in der deutschen Sprache unterrichtet worden, so daß es, wenn es in den Ferien nach Hause kam, sich mit den Eltern, die ja nicht deutsch verstanden, gar nicht verständigen konnte. „Dieses perfide System sprach nicht nur allen pädagogischen Geboten Hohn, sondern auch jegliches Moral und konnte nur in den Köpfen eines Pöfensky, Krüger, Radomski u. ä. entstehen.“

Der Verfasser dieses Artikels will seine Vorwürfe: den Ältern über die Pöfener Taubstummenanstalt entnehmen haben. Es bedürfte natürlich einer Nachprüfung des betreffenden Materials, um zu sehen, wie weit sich seine Behauptungen altentwurzelt festlegen lassen. Aber Ältern bringen natürlich nicht alles. So weiß ich aus zuverlässiger Quelle, daß A. zwar mit der Behauptung nach Posen gekommen ist, die deutsche Sprache als alleinige Unterrichtssprache durchzusetzen. Aber als er sich mit den hiesigen Verhältnissen vertraut gemacht hatte, ist er eigens nach Berlin gefahren, um eine Veränderung der erwähnten Anordnung zu erhalten. In der Tat gelang es ihm auch, seine vorgelegte Behörde nach seinem Wunsch umzusetzen. Es will einem darum schwer in den Sinn, daß A. darauf ausgegangen sein soll, die polnische Sprache vollständig aus der Anstalt zu verbannen. Im Gegenteil! Wer Gelegenheit gehabt hat, diesen für das Wohl und Wehe seiner Taubstummen so besorgten und begeisterten Pädagogen bei seinen deutschen und polnischen Lehrproben, wie er sie den Ältern des Priesterseminars Jahr für Jahr gab, zu beobachten, kann unmöglich glauben, daß A. diese ihm zugedachte Absicht gehabt habe. Wenn weiter zu seiner Zeit die Hauptsprache der Lehranstalt die deutsche war, so war das durchaus keine „Unmenslichkeit“, sondern vielmehr ein Rechnen mit den damaligen Verhältnissen, die einem bloß polnisch sprechenden Taubstummen einen nur kleinen Tätigkeitskreis eröffnet hätten. Auch war dem so geschulten Kinde eine Verständigung mit seinen Eltern durchaus nicht genommen; denn abgesehen davon, daß doch nicht alle Eltern nur polnisch verstanden, blieb noch die Gebärdenprache übrig, deren sich ja beide Teile schon vor der Einschulung in die Anstalt bedient hatten. Vielleicht leben noch frühere Mitarbeiter Radomskis, z. B. Herr Krüger in Warmbrunn, die uns über die Denksart ihres alten Direktors etwas mitteilen können! Doch nehmen wir einmal an, Herr A. hätte recht mit der angeblichen negativen Tätigkeit Radomskis für die polnische Sprache, hätte es dann nicht die Gerechtigkeit erfordert, daß er auch die unbefriedigbare großen Verdienste Radomskis um die Taubstummenanstalt erwähnt hätte? Aber dann hätte er ja sagen müssen, daß die Pöfener Taubstummenanstalt, so wie sie jetzt daheist, im ureigensten Sinne ein Werk dieses großen Pädagogen ist! Aber Hakt ist eben ein schlechter Berater! Wann wird man endlich lernen, nicht bloß national, sondern auch christlich zu denken?

Domherr Dr. Steuer.

Ein Artikel Gröners

Berlin, 28. Januar. Reichswehrminister Gröner veröffentlicht in den „Blättern der Staatspartei“ einen programmatischen Aufsatz über die Abrüstungskonferenz, in dem er die Weimarer Verfassung, Versailles und die kommende Genfer Konferenz einander gegenüberstellt und als die deutsche Idee in Genf „Gleichheit, gleiche Rechte und gleiche Sicherheit für alle Völker“ bezeichnet.

Tee beim Marschall Piłsudski

Warschau, 28. Januar. (Eig. Telegr.) Gestern fand bei Marschall Piłsudski ein Tee statt, der von der Gemahlin des Marschalls veranstaltet worden war. An dem Tee nahmen Politiker und Abgeordnete der Regierung teil. Auch Marschall Piłsudski soll sich einige Zeit, wie es heißt, in glänzendem Humor unter der Gesellschaft aufgehalten haben.

Das österreichische Kabinett zurückgetreten

Gestern, Mittwoch, nachmittag ist das Kabinett Buresch zurückgetreten. Die österreichische Öffentlichkeit wurde durch diese Nachricht überrascht. In den letzten Tagen war wohl von der Möglichkeit einer Demission der Regierung die Rede. In politischen Kreisen wollte man aber nicht recht daran glauben.

Bundespräsident Miklas hat Dr. Buresch mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Die Krise ist auf die Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen, die seit Wochen vom Seipel-Flügel der Christlichsozialen Partei ausgehen, von dem der Ruf nach einer starken Hand ertönt. Besonders eindringlich wurde diese Forderung in der vergangenen Woche von den Fraktionen der

Christlichsozialen in Tirol und Kärnten gestellt.

Ob Buresch seinen neuen Bemühungen, den vielfach geäußerten Wünschen nach Auswechslung einiger Minister, insbesondere nach Uebertragung des Außenministeriums an Dr. Seipel nähertritt, wird sich in den nächsten Tagen zeigen.

Um 5½ Uhr hat Buresch die Verhandlungen mit den Parteiführern bereits begonnen. Ein Parlamentarier erklärte: Das neue Kabinett wird wohl ohne Dr. Schöber gebildet werden. Ob Seipel Außenminister wird, ist noch ungewiß. An Stelle des Justizministers Schürff dürfte ein anderer Großdeutscher in das Kabinett gelangen.

Die Gefahren im fernen Osten Japanischer Einmarsch in Charbin

erst. Vor dem Völkerrundrat hat wiederum die japanisch-chinesische Frage einen umfassen den Raum eingenommen. Es wird freilich streng geheim und hinter verschlossenen Türen verhandelt, weil ja die Geheimdiplomatie abgeheftet ist. In der öffentlichen Sitzung wird der breiten Masse und den lauernden Journalisten eine Wassertruppe vorgelegt, die auch Communiqué heißt, und in dem die beiden Vertreter gegeneinander erklären, daß ihre Regierungen jede Verschärfung des Konfliktes vermeiden wollen. Der Rat fordert die beteiligten Parteien auf, sich jeder weiteren Konflikte zu enthalten. Das ist freilich auch die einzige Methode, die dem Rat gegeben ist, und damit ist noch gar nichts gegen den Rat, seine Aufgaben oder gar gegen den Völkerrundrat gesagt. Ein Instrument, das keine realen Machtbefugnisse hat, kann nur Ratsschläge und Aufforderungen erlassen — es kann beschließen, daß dem einen recht, dem anderen unrecht geschieht sei; aber es kann nicht die Parteien zwingen, Recht zu tun oder Unrecht zu unterlassen. Wie weit unsere gepriesene Menschheitsentwicklung in der Abkehr von der Gewalt und in der Umkehr zum heiligen Recht für alle Menschen auf der Erde fortgeschritten ist, das haben die letzten zehn Jahre nach dem Kriege uns mehr oder weniger deutlich in der Praxis gezeigt.

Der Konflikt im fernen Osten zeigt uns das erneut.

Denn in Wirklichkeit ist es nicht so, als ob die Angaben der Delegierten, von denen wir oben sprachen, Tatsache sind. Trotzdem sagen die beiden Teile sicher nicht die Unwahrheit. Gegen die stürmende Lawine stellt man sich vergeblich an. Denn zu gleicher Zeit, als die Erklärungen im Rat zu Genf erfolgten, wurde aus Tokio gemeldet, daß am vergangenen Dienstag vormittags um 11 Uhr die Kanallerie des japanischen Generals Sijia das chinesische Viertel in Charbin besetzt habe. Die einmarschierenden Truppen haben die chinesische Polizei entwaffnet und sind auch in andere Stadtteile eingerückt. Die Sowjetunion bestatigt diesen Einmarsch. In Moskau hat diese Nachricht der Befehlshaber Chabins starke Erregung und Beunruhigung hervorgerufen, und man sieht in dieser Befehlshaber einen weiteren Vorstoß gegen die russischen Interessen, insbesondere auch gegen die berühmte Döbahn, um die der Streit geht. Die japanische Nachrichtenagentur sagt, daß die Verhufe, zu einer friedlichen Regelung gekommen zu sein, und daß darum der Streit um die chinesische Schachbühne an der Döbahn zu erneuten Feindseligkeiten geführt habe.

Der Befehl der Japaner ist von weittragender politischer Bedeutung, und er kann Rückwirkungen bringen, durch die das Verhältnis zu Wlaskau und Tokio ernstlich berührt wird. Unzweifelhaft wird man im Kram in dieser Befehlshaber Chabins einen unfreundlichen Akt sehen, und dieses Vorgehen wird noch keine Folgen haben, da es auf die Lage des Machttriangles Japan-Rußland-China stark einwirkt. Daß der Konflikt im Augenblick sich auf Sowjetrußland ausdehnt, ist noch nicht anzunehmen, da sich zwischen den Bolschewiken und den Japanern zur Zeit keine Aussichten auf kriegerische Auseinandersetzungen bieten.

Japan ist also in seinen Maßnahmen ungehindert und kann sich leicht über das hinwegsetzen, was in Genf beraten wird. Weit gefährlicher ist aber die Entwicklung, die von Amerika her droht, denn das japanische Vorgehen hat nunmehr auch Washington auf den politischen Kampfplatz gerufen. Zwar trägt Amerika an der eigenen Wirtschaftslage schwer, aber wenn Amerika energisch wird — ohne daß Vorentscheidungen

zu befürchten sind —, so wird das sicherlich den Eindruck auf Japan nicht verfehlen. Hier berühren sich die Meinungsverschiedenheiten sehr ernst, denn es geht ja um die Beherrschung des Stillen Ozeans — es geht um die Beherrschung des Meeres der Entscheidung.

Auch vor Shanghai hat sich die Lage mittlerweile zugespitzt, obwohl inzwischen nach den letzten Nachrichten die Chinesen das Ultimatum der Japaner angenommen haben, die japanischen Verbände aufzulösen und den Boykott Japans und der Japaner einzustellen. Wie aus den nachstehenden Meldungen deutlich hervorgeht, ist die Lage so scharf zugespitzt wie lange nicht mehr. Jeder Tag bringt die großen Mächte mit ihren Interessengebieten im Stillen Ozean scharfer aneinander.

Während Europa im kleinen Streit sich verzehrt, geht im fernen Osten der Kampf um das große Ziel — um die Beherrschung der Welt — der Entscheidung entgegen.

Japan in Shanghai Bombenattentat

Shanghai, 28. Januar. (Reuter.) Gegen das hiesige japanische Konsulat wurde heute früh eine Bombe geworfen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt und nur ganz geringer Materialschaden angerichtet. Aber die bei den Einwohnern herrschende Nervosität ist durch den Vorfall noch gesteigert worden. Wie verlautet, hat der Gemeinderat der internationalen Niederlassung beschlossen, den Gefahrenzustand zu erklären.

Der japanische Kreuzer „Yulart“ und 12 japanische Zerstörer trafen bei Tagesanbruch hier ein und landeten 500 Seesoldaten. Es wird geglaubt, daß heute nachmittag weitere 500 Seesoldaten gelandet werden sollen, wodurch die japanischen Marinekräfte in Shanghai eine Stärke von ungefähr 3000 Mann erhalten würden, verglichen mit 2070 britischen, 1200 amerikanischen Seesoldaten und 1000 französischen Kolonialsoldaten.

Chinesischer Ueberfall auf eine japanische Zeitung in Charbin

Tokio, 28. Januar. Einer japanischen Meldung zufolge führten gestern abends etwa 20 chinesische Soldaten in ein japanisches Zeitungshaus im japanischen Viertel von Charbin und zerstörten die Maschinen.

Japanische Truppen nach Charbin

Tokio, 28. Januar. (Reuter.) Wegen der Ermordung japanischer Staatsangehöriger in Charbin soll, wie verlautet, eine in Shanghai stationierte japanische Truppenabteilung nach Charbin geschickt werden.

Gemeinsame Aktion Amerikas und Englands in der Shanghai-Frage

London, 28. Januar. Der diplomatische Korrespondent der „Morningpost“ meldet: Die amerikanische Regierung hat an die britische Regierung eine Note gerichtet, in der sie dem Bernehmen nach eine gemeinsame Aktion wegen des japanischen Vorgehens in Shanghai anregt. Die britische Regierung beschließt sich gegenwärtig mit dem Inhalt der Note, hat sich aber noch nicht entschieden, welche Haltung sie einnehmen wird.

Washington, 28. Januar. Staatssekretär Stimson hielt erneut Konferenzen mit Hoover und dem Marineminister, wie mit dem britischen Botschafter über die Stellungnahme zu dem Vorgehen Japans in Shanghai ab. Es verlautet, daß zwar nicht gemeinsam, aber doch eine gleich-

Alles auf einen Blick:

Das österreichische Kabinett ist gestern nachmittag zurückgetreten.

An der Finanzwirtschaft des Finanzministers Jan Bilubski ist in der Kommission scharfe Kritik geübt worden.

Die offiziöse „Gazeta Polska“ richtet gegen den hohen Völkerrundratskommissar in Danzig, den Grafen Grivina, heftige Angriffe.

Die Gefahren im fernen Osten werden immer größer. Die Befehlshaber Chabins durch Japan und die Zwischenfälle in Shanghai haben sehr erregte Stimmungen in Rußland und Amerika geschaffen.

In Litauen wird ein Ausbruch auf das Memelgebiet geplant, um die Austreibung des Deutschen zu vervollständigen.

Sie müssen lesen:

Das 100-jährige Jubiläum der Taubstummenanstalt in Posen. — Kritik an der Finanzwirtschaft. — Scharfe Angriffe auf den Grafen Grivina. — Die Gefahren im fernen Osten. — Weltpolitischer Beobachter.

Heute Beilage „Aus aller Welt“

Das japanische Konsulat in Hankow verläßt die Stadt

Hankow, 28. Januar. Das Personal des japanischen Konsulats ist an Bord eines japanischen Kriegsschiffes gegangen.

Amerika will Japan boykottieren?

New York, 28. Januar. „Herald Tribune“ befaßt sich heute in einer Meldung aus Washington besonders mit den Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen mit England in der Shanghai-Frage. Das Blatt hebt in einer Schlagzeile hervor, daß die Vereinigten Staaten den Boykott Japans erstreben. — Auch die übrigen Blätter nehmen zu den Ereignissen im fernen Osten eingehend Stellung.

Litauische Pläne im Memelgebiet

In Memel politischen Kreisen verläßt sich der Eindruck, daß der von litauischer Seite angeordnete Umsturz unmittelbar bevorsteht. Der litauische Gouverneur Merk hat in Kovno ausgedehnte Besprechungen mit der litauischen Regierung gehabt, bei denen offenbar alle Einzelheiten des litauischen Planes, die memelländische Selbstverwaltung durch eine künstlich hervorgerufene „Völkserhebung“ zu bewerkstelligen, besprochen worden sind.

Die litauischen Nationalisten machen im übrigen kein Geheimnis daraus, daß die augenblickliche politische Lage, wo alle Welt mit der Tributfrage und der Wirtschaftskrise beschäftigt ist, besonders günstig für die Verwirklichung ihrer Pläne ist. Allen Anschein nach wollen die Litauer nur noch den Abbruch der Genfer Ratskonferenz abwarten, um dann den gewalttätigen Sturz der Landesregierung und die angekündigte Vertreibung aller Deutschen in die Tat umzusetzen. Da die Memeler Landesregierung mit den schwachen Polizeikräften nicht in der Lage ist, einen ernsthaften litauischen Angriff abzuwehren, der nach dem Vorbild des Litauer Einfalls vom Januar 1923 mittellos unter Hinzuziehung verläppelter Milizformationen erfolgen würde, so halten es führende Kreise des Memelgebiets für unumgänglich, daß sich der Völkerrundrat anläßlich seiner jetzigen Tagung sofort mit den Vorgängen im Memelgebiet befaßt und die litauische Regierung unter Androhung von Zwangsmaßnahmen zur strikten Einhaltung des Memelabkommens auffordert. Auch die Reichsregierung wird ihren ganzen Einfluß aufbieten müssen, um die litauische Regierung von ihrem gefährlichen Memelabenteuer noch in letzter Stunde abzuhalten.

Das gesunkene U-Boot

London, 28. Januar. Wie die Admiraltät mitteilt, ist die Lage des „M 2“ bisher noch nicht festgestellt worden.

London, 28. Januar. Die Hoffnung, das verschollene Unterseeboot „M 2“ noch rechtzeitig bergen zu können, schwindet immer mehr. Die Nachforschungen sind während der ganzen Nacht mit größtem Eifer fortgesetzt worden, blieben aber ohne jeden Erfolg.

Kritik an der Finanzwirtschaft

(Eigenes Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 28. Januar.

Die in der Haushaltskommission des Sejm geführten Beratungen über das Budget des Finanzministeriums haben in der Aussprache über das Exposé des Finanzministers Jan Pilsudski eine scharfe Kritik an der Finanzwirtschaft des Staates gebracht. Die Beratungen in den Kommissionen haben seit der Zeit, wo der Sejm durch die Regierungsmehrheit jedes selbstverantwortlichen Handelns beraubt ist, insofern an Wert gewonnen, als auf ihnen die meiste sachliche Arbeit geleistet wird. Deswegen werden auch die Beratungen des Staatshaushaltes in der Haushaltskommission mit erheblichem Interesse verfolgt als die Verhandlungen im Sejmplenum, die lediglich ein mehr oder weniger tendenziös gefärbtes Spiegelbild der vorhergehenden Beratungen in der Kommission sind.

Bei der Behandlung des Budgets des Finanzministeriums ergriß nach den Ausführungen des Finanzministers der Referent Abg. Holakowski vom Regierungsbüro das Wort und ging auf verschiedene finanzwirtschaftliche Fragen näher ein. Er sprach sich gegen jede Inflation und jedes Moratorium aus. Ferner setzte er sich für die unbedingte Innehaltung des Bankgeheimnisses bei laufenden Rechnungen ein, sowie dafür, daß die Finanzbehörden nicht nachforschen, woher das in Banken oder für den Einkauf von Grundstücken angelegte Geld kommt. Bezüglich der leichten Forderung verfierte der Finanzminister, daß ein solches Rundschreiben bereits erlassen sei. Der Referent forderte sodann die Zerlegung der Steuerrenten in langfristige und niedrig verzinsten Raten sowie eine Reform des Gesetzes über die Verzugsstrafen und Exekutionskosten. Bei der Gesamtsumme der Einnahmen aus direkten Steuern in Höhe von 886 110 000 Zloty schlägt der Referent eine Herabsetzung um 28 Millionen vor, und zwar eine Herabsetzung der Grundsteuer um sechs Millionen, der Industriesteuer um zehn Millionen und der Einkünfte aus Verzugszinsen und Steuerstrafen ebenfalls um 10 Millionen Zloty, ferner der Stempelsteuer um 4 Millionen Zloty. Nach einer Reihe weiterer Vorschläge auf Streichung und Herabsetzung von Positionen kommt der Referent schließlich zum Schluß, daß die Ausgaben um etwa 22 Millionen und die Steuereinnahmen um insgesamt etwa 32 Millionen im Voranschlag herabgesetzt werden sollen. Durch diese Verbesserungen des Referenten wird das Budgetdefizit zwar um 10 Millionen vergrößert, aber der Voranschlag gewinnt dadurch — der Ansicht des Referenten zufolge — an Realität.

Der Abg. Prof. Rybarski vom Nat. Klub widmete sich dann einer Kritik des Haushaltsvoranschlags. An dem bisherigen Sinken der Einnahmen aus öffentlichen Abgaben und Monopolen berechnet — so führte Abg. Rybarski aus —, ist damit zu rechnen, daß bis zum 1. April 1932 für das abgelaufene Haushaltsjahr 1 849 000 000 Zloty eingeht. Für das neue Haushaltsjahr hingegen wird im Voranschlag eine Einnahme aus diesem Titel in Höhe von 1 967 000 000 Zloty vorgesehen. Das ist aber nicht die Gesamtheit der öffentlichen Belastung. Es kommen noch hinzu die Lokalsteuern, die nicht durch den Haushaltsvoranschlag geht und über 12 Millionen Zloty beträgt, weiter der Wegebaufonds mit 28 Millionen und besondere Steuern für das rote Kreuz usw. mit 4 Millionen. Die von dem Finanzministerium eingeführten Gebühren sollen über 13 Millionen ergeben. Im Schulwesen werden zahlreiche neue Gebäude eingeführt, es kommen noch hinzu die Abgaben an die Selbstverwaltungen.

Zusammengenommen ist schlecht gerechnet festzustellen, daß, wenn die Gesamtsumme der Einnahmen des Finanzministeriums sich in dem Haushaltsjahr 1930/31 auf 2 267 000 000 Zloty belief, sie für das Jahr 1932/33 mit nur etwa 10 Prozent weniger veranschlagt wird.

Mit welchen Entwicklungstendenzen ist jedoch zu rechnen? Auf Grund eigener Berechnungen des Umfangs des Einnahmerückganges des Finanzministeriums in den einzelnen Monaten 1931 im Vergleich zu dem Jahre 1930 stellt Prof. Rybarski fest, daß im ersten Vierteljahr des Haushaltsjahres 1931/32, also in der Zeit vom 1. April bis 1. Juli 1931, die Einnahmen gegenüber dem Vorjahre nur 84 Prozent und in den beiden nächsten Vierteljahren nur 80 Prozent betrugen. Die Einnahmen sind also seit dem Sommer des vorigen Jahres stärker gefallen. Die gegenwärtige Wirtschaftslage ist ein Maßstab für die Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung. Das Einkommen der Bevölkerung ist gegenwärtig im Vergleich zu guten Jahren auf 60 Prozent gesunken. Gleichzeitig sind die Preise gefallen, haben sich die Umsätze verringert, aber das Finanzministerium stützt sich weiterhin auf die Preise seiner Waren und die Höhe seiner Belastung. Im Vergleich zu den Monopolspreisen sind selbst die Kartelle noch unschuldig. Bei der Höhe der Preise markiert an erster Stelle die Finanzverwaltung, an zweiter die Industriekartelle, an dritter die anderen Zweige der Industrie und an letzter die Landwirtschaft. Zwischen der Belastung der Bevölkerung und ihrer Zahlungsfähigkeit hat sich ein Abgrund geöffnet, den auszufüllen das gegenwärtige Budget des Finanzministeriums nicht vermocht ist.

Aus der Grundsteuer will man im bevorstehenden Haushaltsjahre mehr einnehmen als gegenwärtig eingeht. Aus der Gewerbesteuer will man im kommenden Jahre 240 Millionen Zloty einnehmen, obwohl im laufenden Jahre im besten Falle 241 Millionen eingeht, es ist also keine kleine Spanne für die so laut verkündeten Erleichterungen bei der Gewerbesteuer gelassen. Auch die Konsumsteuer ist viel zu optimistisch berechnet; man rechnet beispielsweise mit einem Rückgang des Zuckerkonsums von nur 5 Prozent, während nach der Zuckerausfuhr im November 1931 gegenüber demselben Monat des Vorjahres tatsächlich um zwanzig Prozent verringert hat. In den letzten Mo-

naten belief sich das Nachlassen des Streichholzverbrauches auf 29 Prozent. Man stützt die Einnahmen bereits auf Steuererlässe, die noch gar nicht erlassen sind, so aber darf ein Haushaltsplan nicht aufgebaut werden. Die Zolleinnahmen sind auf 150 Milliarden Zloty berechnet, im Dezember 1931 gingen aber nur 10 Millionen ein, obwohl damals noch nicht die zahlreichen Einfuhrverbote und Beschränkungen galten.

Der Abg. Rybarski wandte sich ebenfalls grundsätzlich gegen jedes Moratorium, erklärte aber, daß in Anbetracht der hohen Verschuldung der Landwirtschaft und der Lage zahlreicher Bauernschaften der Staat als gläubiger weitgehende Erleichterungen gewähren muß. Er kritisierte sodann den Einfluß der Politik auf die Kreditgewährung durch die Staats- und Kommunalbanken und führte einige trasse Fälle an.

In der weiteren Aussprache über das Budget des Finanzministeriums stellte ein sozialistischer Redner fest, daß in Polen eine Arbeiterfamilie jährlich mit Steuern in Höhe von 200 Zloty belastet sei und daß sich die Belastung der kleinen Landwirte bis zu 5 Hektar auf 885 Zloty jährlich belaufe. Das sei eine unerträglich hohe Belastung.

Der Abg. Polakiewicz vom Regierungsbüro gab den Ausführungen des Abg. Rybarski ziemlich vorbehaltlos recht, und zwar sowohl hinsichtlich des Sinkens der Kaufkraft der Bevölkerung wie auch der Unrealität des Budgets. Es sei aber gegenwärtig außerordentlich schwer, ein reales Budget aufzustellen. Der Redner richtete einen warmen Appell an die Rechtsopposition, an der Realgestaltung des Budgets mitzuarbeiten. Der Abg. Piechula von den Christl. Demokraten ging auf die Vorgänge in Oberschlesien näher ein und stellte bei dieser Gelegenheit fest, daß die Regierung nicht daran denke, die ober-schlesische Konversionsanleihe auszulösen, obwohl sie es versprochen hätte. Die Konversionsanleihe würde im Gegenteil vom Finanzministerium gegenwärtig zu 40 Prozent aufgekauft. Das hätte in der ober-schlesischen Bevölkerung schwere Verbitterung erregt, und wenn man dort eine neue Anleihe ausgeben wollte, dann würde sich niemand daran beteiligen, weil man kein Vertrauen zu einem Schuldner haben könne, der nicht zahlt.

Der Abg. Chodzinski von der Nat. Arbeiterpartei ging auf den ober-schlesischen Lohnkonflikt ein und führte aus, daß die Exportprämien nicht von der Regierung und nicht von den Kapitalisten gezahlt werden sollen, sondern von den Arbeitern. Eine 21prozentige Lohn-

herabsetzung mache 4 Zloty je Tonne Exportkohle aus. Der Inlandspreis der Kohle sei nicht gesunken, und der Gewinn der Kohlenindustriellen würde beim Export hinausgeworfen. Hunderttausend Arbeiter seien in den Lohnstreit verwickelt, aber Arbeitsminister Subicki hätte noch nicht seine eigene Meinung gesagt. Wenn man den ober-schlesischen Industriellen recht gebe, dann würden wiederum hunderttausend Arbeiter durch-schnittlich 1½ Zloty täglich verlieren, was 150 000 Zloty täglich und etwa 57 Millionen jährlich ausmache.

Der Abg. Czetwertynski beschäftigte sich besonders auch mit der Lage in der Landwirtschaft und stellte fest, daß die Hauptübel der Mangel an eigenem Umsatzkapital, die allgemeine Verarmung und hochverzinsliche Schulden seien. Im Zusammenhang mit der Erklärung des Landwirtschaftsministers, daß gegenwärtig kein Getreide nach Polen eingeführt wird, forderte der Redner eine Aufklärung über die Ursachen des gegenwärtigen Sinkens der Getreidepreise. Alle Klagen über Vernachlässigung der Landwirtschaft durch die Regierung seien heute zu spät, da die Verarmung des Landes bereits zu weit vorgeschritten sei. Man hätte den Landwirtschaftsstand als Konsumenten rechnen können, wenn man zur richtigen Zeit eingegriffen hätte, wie es in Deutschland und in der Tschechoslowakei geschehen ist. Dort hätte man trotz aller Krisenschwierigkeiten besonders die kleinen Landwirte und die kleinen Kaufleute sowie das Handwerk unverändert lauffähig erhalten. In Deutschland könne man sogar feststellen, daß diese Fürsorge für die kleineren Bevölkerungsschichten viel weitgehendere ist als für die Großindustriellen und die großen Banken. Bei uns in Polen aber — so führte der Redner aus — betreibt man eine politische Erpressung ganz anderen Charakters, während man in Deutschland Maßnahmen getroffen hat, um die Umsätze und den Konsum nicht zu schwächen. Zum Schluß antwortete Abg. Czetwertynski auf den Appell des Abg. Polakiewicz an die Rechtsopposition, an der Realgestaltung des Budgets mitzuarbeiten. Er führte aus, daß die Zusammenarbeit der Rechten mit dem Regierungsbüro unmöglich sei, da der Regierungsbüro ja selbst der Regierung die Vollmacht gegeben habe, die Budgetzahlen nach Belieben zu ändern. Dadurch sei die wichtigste Handhabung des Sejm aus der Hand gegeben. Gegenwärtig könne die Rechtsopposition nicht mehr die Verantwortung mit tragen für ein Budget, das unreal sei und sich auf unethische Grundsätze aufbaue, ferner nicht mehr dem Willen und den Pflichten des Sejm entspreche, wie sie sich aus der Verfassung ergeben.

Die weiteren Beratungen der Haushaltskommission über das Finanzbudget werden am heutigen Donnerstag fortgesetzt; das Budget muß bis zum Sonnabend in der Kommission durchberaten sein.

Schwere Angriffe gegen den Grafen Gravina

Die „Gazeta Polska“ zu den Danziger Beschwerden in Geni

Warschau, 28. Januar. (Eig. Tel.)

Die „Gazeta Polska“, das offizielle Organ der polnischen Regierung, macht in einem heute erschienenen Leitartikel schwere Angriffe gegen den hohen Kommissar des Völkerbundes, Grafen Gravina, ebenso wie gegen den Völkerbund selbst. Das Blatt nimmt in diesem Artikel ferner alle Entscheidungen vorweg, die in der Angelegenheit der Danziger Klagen gefällt werden, und beruft sich darauf, daß niemand das Recht habe, in die eigenen Angelegenheiten Polens einzugreifen.

Zu Beginn seiner Ausführungen schreibt das Blatt, daß die gegenwärtig in Danzig einwirkenden Faktoren keinerlei Achtung vor dem Statut der Freien Stadt Danzig zeigen, das die Grundlage für das Bestehen des Freistaates ist. Wenn man Polen irgendwas vorwerfen könne, so sei es dies, daß Polen zu liberal bei der Behandlung der Uebertretungen und Vergewaltigungen Danzigs gegenüber dem polnischen Staate aufträte. Die Vorfälle, die sich im Frühjahr des vorigen Jahres in Danzig ereignet hätten, erinnerten — der „Gazeta Polska“ zufolge — an die Zustände in Mittelafrika.

Das polnische Regierungsorgan beschäftigt sich sodann mit der Danziger Frage über eine Bevorzugung Sdzingens durch die polnische Regierung, wodurch der Danziger Hafen geschädigt würde. Die „Gazeta Polska“ schreibt hier wörtlich:

„Der hohe Kommissar des Völkerbundes, Graf Gravina, hat es für richtig befunden, seine Meinung abzugeben, in der er sich dahin geäußert, daß eine Favourisierung der polnischen Häfen zum Nachteil Danzigs durch Polen nicht gestattet sei. Diese Entscheidung, gegen die Polen beim Völkerbund Protest eingelegt hat, erinnert an das alte Sprichwort: „Dem Teufel eine Opfergabe und dem lieben Gott ein Lichtchen“. Das Verhältnis zu den beiden streitenden Parteien ist von einigen Würdenträgern des Völkerbundes als Beweis hoher Unparteilichkeit und diplomatischer Fähigkeiten aufgefaßt worden. Wir sind jedoch anderer Ansicht über jene Unparteilichkeit, besonders wenn sie — vielleicht durch eine nicht sinnmäßige Reduktion — groteske Formen annimmt. Polen besitzt ausschließlich das Recht, darüber zu entscheiden, in welchem Umfang es seinen eigenen Hafen benutzen will.“

Alle Versuche, ihm Belehrungen zu erteilen, müssen als lächerlich und ungehörlich bezeichnet werden. Denn nicht nur der hohe Kommissar des Völkerbundes, sondern auch keine Inkongruenz in der Welt hat etwas in Angelegenheiten zu sagen, die innerhalb des polnischen Staates liegen.

Die Ziffern beweisen am besten, daß Danzig durch Polen voll benutzt wird. Wir haben es niemals geschädigt und haben auch nicht die Absicht. Wir können nur über Vergeltungsmaßnahmen nachdenken, wenn sich zeigen sollte, daß die dazu berufenen Faktoren sich keinen Rat schaffen können mit dem schädlichen Wahnsinn der Danziger Großmänner. Wir haben das vermeiden und tun es weiterhin im Interesse des Ansehens der internationalen Faktoren, die zur Wahrung des freien Zugangs zum Meere durch Danzig berufen sind. Diese Faktoren müssen aber gleichzeitig darauf achten, daß die von ihnen getroffenen Entscheidungen auch ernsthaft sind, sie dürfen nicht der Suggestion der Danziger Hysterie unterliegen, der gegenüber Polen lange Jahre hindurch nicht das kalte Blut verloren hat.“

Eine deutlichere Ankündigung, daß keine Entscheidungen des Völkerbundes in Streitfällen zwischen Danzig und Sdzingen die Billigung Polens finden werden, kann nicht gegeben werden.

Ergebnislose Kohlenstreit-verhandlung in Warschau

Warschau, 28. Januar. (Eig. Tel.)

Gestern fanden im Arbeitsministerium Verhandlungen über eine Beilegung der Lohnstreitigkeiten in der ober-schlesischen Kohlenindustrie statt, an denen der Arbeitsinspektor Klotz sowie Vertreter der ober-schlesischen Industriellen und Arbeitnehmer teilnahmen. Inspektor Klotz machte den Vorschlag, den ganzen Streitfall einer Schiedskommission zu übergeben. Die Arbeitnehmer lehnten dies jedoch ab, da nicht ihre sämtlichen Organisationen vertreten seien. Eine endgültige Antwort sollen die Arbeitnehmer am heutigen Donnerstag erteilen. Die ober-schlesischen Industriellen erklärten sich bereit, bezüglich des Kohlenexports gewisse Verpflichtungen aufzunehmen, wenn die Produktionskosten herabgesetzt würden. Wie verlautet, haben die ober-schlesischen Industriellen sich bereits mit einer 12prozentigen Lohnherabsetzung einverstanden erklärt, bei gleichzeitiger Kürzung der Arbeiterurlaube auf ein Jahr. Das würde in der Praxis einer Lohnherabsetzung von insgesamt 15 Prozent gleichkommen. Die Lohnherabsetzung soll stufenweise erfolgen, und zwar zunächst um 7% und nach weiteren drei Monaten um weitere 5%. Es soll ein Exportausgleichsfonds geschaffen werden, von dem 7% den Kohlengruben direkt zufließen sollen, die restlichen Prozente durch allgemeine Verteilung Verwendung finden.

Die „Gazeta Warszawska“ kritisiert in einem

Leitartikel heftig die Politik der Regierung im ober-schlesischen Lohnkonflikt und stellt fest, daß die polnische Öffentlichkeit dadurch sehr stark beunruhigt sei. Diese Beunruhigung sei um so mehr begründet, als die in Oberschlesien herrschenden Zustände ein besonderes Gesicht tragen in Anbetracht der Tatsache, daß Oberschlesien direkt an Deutschland grenze. Die Berücksichtigung dieser Tatsache müßte zu einer schnellen Beilegung des Konflikts beitragen. Die schweren Folgen der Wirtschaftskrise seien am gefährlichsten für Polen in den Westgebieten und deshalb müßte alles getan werden, um gerade den Westgebieten die traurigen Erfahrungen aus der Wirtschaftskrise zu ersparen.

Mehrstündige Schieberei in den Straßen Lembergs

Warschau, 28. Januar. (Eig. Tel.)

Gestern wurde in Lemberg auf dem Heiligen-geistsplatz von der Polizei ein seit längerer Zeit gesuchter Schwerverbrecher ertappt und sollte festgenommen werden. Es gelang ihm jedoch zu flüchten und sich in einem Schuppen zu verbergen. Dort eröffnete er ein Feuer auf die ihn verfolgende Polizei. Es entstand eine Schieberei, die mehrere Stunden dauerte, da der Bandit drei Revolver und eine große Menge Munition bei sich hatte. Schließlich wurde er durch den Schuß eines Polizisten niedergegestoßen und verstarb kurze Zeit nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Das veraltete Zuchthaus von Dartmoor

Die Ursache der blutigen Sträflingsrevolte — Anfragen im Unterhaus — Härten der englischen Gefängnisordnung

Von Rudolf Sester

Alle Welt hallt wider von grauenhaften Einzelheiten der großen Sträflingsrevolte von Dartmoor in England. Mehr als 200 Sträflinge haben am Sonntag, dem 24. Januar dort einen Ausbruchversuch gemacht, haben nach berichtigten amerikanischen Beispielen den Direktor und das Aufsichtspersonal gefesselt oder eingesperrt. Die Revolte konnte bekanntlich niedergeschlagen werden, aber 85 verlebte Sträflinge blieben auf der Straße und das Verwaltungsgelände ging in Flammen auf. Als interessantes Detail wird erzählt, daß einige der zuletzt eingelieferten Sträflinge in London einen amerikanischen Film gesehen hatten, der einen solchen Ausbruch aus dem Zuchthaus schilderte, und daß dies in den Gefängnissen den Entschluß reifen ließ, etwas ähnliches zu versuchen.

In den letzten Jahren waren solche Zuchthausrevolten eigentümlich häufig. In fast allen Ländern der Welt haben sie sich ereignet, überall wurden sie kommentiert, man hat nach den Ursachen geforscht und hat überall Reformen beraten, die mit den vorhandenen Mängeln aufräumen sollten.

Die eigentliche Ursache für die Dartmoorer Revolte ist sicher in der Rückständigkeit des Dartmoorer Gefängnisses zu suchen. Ähnliches wird von Amerika berichtet. Die Zuchthausrevolte von Auburn wird noch in Erinnerung sein, wo mehr als 700 Sträflinge einen Ausbruchversuch machten, ein Teil der Gebäude in Flammen aufging, wobei mehr als hundert Sträflinge, die sich nicht aus ihren Zellen befreien konnten, verbrannten. Auf die fliehenden Sträflinge wurde mit Maschinengewehren geschossen, ja es wurde sogar Giftgas verwendet, um einige verbarrikadierte Gruppen niederzuzwingen.

Dartmoor ist ein alter, grauer und trostloser Steinbau, nach einem vollkommen veralteten System gebaut und liegt zudem in einer Landschaft, die als die nebligste und feuchteste ganz Englands berüchtigt ist. Dartmoor ist eine „zusätzliche“ Strafanstalt. Hierher kommen alle die Sträflinge, die ihre zweite oder dritte Straftat abbüßen. Der hartgesottene Verbrecher in England zittert, wenn er das Wort Dartmoor hört. Zahllos waren im englischen Unterhaus schon die Anfragen wegen begründeter Mängel in diesem Gefängnis. Vor zwei Jahren hieß es einmal, daß Dartmoor langsam in der Weise abgebaut werden soll, daß keine neuen Sträflinge in das Haus gebracht werden. Man hört aber jetzt, daß sich unter den Rebellen auch frisch eingebrachte Sträflinge befanden.

Die englische Gefängnisordnung hat Härten, wie man sie kaum kennt. Auf Vergehen gegen die Disziplinordnung stehen strenge Strafen. Das englische Innenministerium hat vier hauptamtliche Gefängnisinspektoren, die außerordentliche Vollmachten haben. Aber zu durchgreifenden Reformen gehört ein Parlamentsbeschluss. Vielleicht führen die jetzigen Begebnisse in Dartmoor dazu.

Verlängerung des 25-Millionen-Kredits durch die Bank von Frankreich

Paris, 28. Januar. „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß das Kuratorium der Bank von Frankreich in seiner heutigen Sitzung wahrscheinlich die Verlängerung des 25-Millionen-Dollar-Kredits, den die Bank von Frankreich seit Ende Juni 1931 der Reichsbank gewährt hat, beschließen werde. Die Verlängerung soll sich aber nur auf einen Monat erstrecken.

Zusammenkunft Macdonald-Laval in der zweiten Februarwoche?

London, 28. Januar. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ bezeichnet es als denkbar, daß Macdonald, wenn er sich in der zweiten Februarwoche nach Genf begeben, in Paris seine Reise unterbrechen und eine Konferenz mit Laval haben werde.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jersch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jansch. Für den übrigen redaktionellen Teil: Alexander Jersch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt“.

Druck: Concordia Sp. A. G.

Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Weltpolitische Beobachter

Rußlands Außenpolitik — Angst vor Konsequenzen — Vertreibung des Jesuitenordens aus Spanien

E. Jh. Rußland steht unmittelbar vor seinem großen Parteikonfess, dessen dringende Aufgabe sein wird, über den weiteren wirtschaftlichen Aufbau des Landes und über die Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse zu beraten. Rußland braucht Ruhe. Außenpolitische Experimente darf es sich kaum erlauben. Die Nichtangriffspakt-Verhandlung Sowjetrußlands mit europäischen Staaten haben zum letzten Wochenende einen Abschluß mit Finnland erzielt. Der Vertrag, der mit Finnland nicht nur paraphiert, sondern auch unterzeichnet wurde, ist in dem einen Punkte bedeutsam, wo von der fristlosen Aufhebung dieses Nichtangriffspaktes gesprochen wird, falls der Vertragsteilnehmer eine dritte Macht angreift.

Bekanntlich ist es bei ernstlichen kriegerischen Zusammenstößen unmöglich, objektiv festzustellen, wer der Angreifer war. Rußland ist also durch diese Klausel, die wir auch in dem bisher allerdings nur paraphierten Nichtangriffspakt mit Polen wiederfinden, in die angenehme Lage versetzt, das Vertragsverhältnis für aufgelöst zu erklären, wenn sein Vertragspartner mit einem dritten Staat die Waffen kreuzt.

Wenn man an die ersten Schwierigkeiten denkt, die insbesondere Polen mit Litauen hat und die ja doch eigentlich jederzeit aus einem latenten Kriegszustand in einen offenen übergehen können, wird man die ganze Bedeutung dieses Artikels II ermessen. Damit wird aber der ganze Vertrag in seinem Werte für Polen recht illusorisch. Oder genauer gesagt: sein Wert geht kaum über den Charakter des Litwinow-Protokolls hinaus, in dem die Vertragspartner (Rußland einerseits, Rumänien, Polen, Litauen, Estland, Lettland und Finnland andererseits) auf den Austrag von politischen Differenzen mit Waffengewalt feierlich verzichteten.

Rußland hat allerdings mit diesen Verträgen taktisch einen großen Erfolg errungen, weil es nun tatsächlich nicht zu einem Vertragsabschluß zwischen Sowjetrußland und der Gesamtheit seiner westlichen Nachbarn, sondern zu Einzelverträgen zwischen Rußland und den einzelnen westlichen Nachbarn wie Finnland und Polen gekommen ist. Immerhin hat Polen, das seit fast sieben Jahren ständig darum bemüht ist, nicht nur für sich, sondern auch für die Gesamtheit seiner Nachbarn verhandeln zu können, seinen alten Standpunkt insoweit gewahrt, als der paraphierte polnisch-russische Nichtangriffspakt nur dann ratifiziert werden kann, wenn Rußland auch mit Polens engstem Verbündeten in Osteuropa, nämlich mit Rumänien, zu einem ähnlichen Abschluß gelangt. Die Erklärung, die der verantwortliche Leiter der russischen Außenpolitik Litwinow wiederholt gegeben hat, besagen ja nun eindeutig und klar genug, daß Sowjetrußland nicht daran denkt, die Souveränität Rumäniens über Bessarabien anzuerkennen. Es ist nicht einzusehen, warum sich die Haltung Sowjetrußlands in dieser Frage ändern soll. Ist das aber nicht der Fall, so könnte ein derartiger Vertrag zwischen Sowjetrußland und Rumänien nur dann zustandekommen, wenn Rumänien nicht verlangt, daß Sowjetrußland die staatliche Zugehörigkeit Bessarabiens zu Rumänien ausdrücklich respektiert. Wird aber diese heikle Frage im beiderseitigen Einvernehmen übergegangen, so hätte naturgemäß der Abschluß eines Nichtangriffspaktes höchstens den Wert des freundlichen Gruppens zwischen Männern, die in der Tat die entscheidenden Revolver halten. Kommt es aber zwischen Rumänien und Sowjetrußland überhaupt zu keinem Vertragsabschluß, so erlischt automatisch das Ergebnis der polnisch-russischen Verhandlungen. Daß mit diesen Nichtangriffspaktabschlüssen von russischer Seite nicht eine Anerkennung des Versailles Staatsystems verbunden ist, ist von Litwinow und anderen maßgebenden Vertretern der Sowjetunion oft genug in aller Deutlichkeit betont worden. Rußland ist, so viel wir sehen, von seinem Standpunkt durch die schon erfolgten und noch bevorstehenden Vertragsabschlüsse in keiner Weise auch nur einen Schritt zurückgewichen. Es ist nur mit Erfolg dabei, sich für die bevorstehende Fortsetzung seines Wirtschaftsaufbaues, der die Basis für einen Generalangriff auf den Kapitalismus liefern soll, die nötigen außenpolitischen Sicherungen zu verschaffen.

Zu betonen ist noch, daß die russische Initiative zum Abschluß von Nichtangriffspakten sich nicht auf seine Westgrenzen beschränkt. Mit Japan versucht es, bisher allerdings vergeblich, zu ähnlichen Abschlüssen zu kommen. Neuerdings hat die sowjetrussische Presse mit der Zweifeltätigkeit an der Spitze deutlich den Wunsch, auch mit China wieder freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen, erkennen lassen. China dürfte versichert sein, daß die Räterepublik bereit ist, mit ihm jeden Vertrag abzuschließen, der den Frieden zwischen diesen beiden großen Völkern sichert. Wahrheitsgemäß will Rußland damit auf Japan, das sich ablehnend verhält (warum wohl?) einen kleinen Druck ausüben. Erinnert man sich daran, daß Rußland außer mit Litauen auch noch mit Afghanistan, Persien und der Türkei derartige Verträge unterhält, so sehen wir den Ring der Nachbarstaaten um Sowjetrußland geschlossen. Einen Ring, der ihm die nötige Ruhe gibt, um seinen Angriff auf den Weltkapitalismus in aller Ruhe vorzubereiten.

Indessen tagt in Genf der Völkerbundsrat, vor allem, um über den ihm so sehr peinlichen mandschurischen Konflikt zu beraten, der für ihn mit jedem Tag deswegen unangeneh-

mer wird, weil Japan nicht nur keine Anstalten macht, seine Truppen aus der Mandschurei zurückzuziehen, sondern weil es darüber hinaus sogar zu militärischen Zwangsmaßnahmen gegen die 4-Millionen-Stadt Shanghai, durch die 60 Prozent des chinesischen Außenhandels gehen, und gegenüber von Tientsin übergeht. Solange China mit seinen Beschwerden zum Völkerbund diesem die Freundlichkeit erweist, nicht auf Artikel 15 und 16 der Völkerbundscharta hinzuweisen, die militärischen Maßnahmen des Völkerbundes nötig machen würden, so lange wird sich diese Genfer Institution mit Ermahnungen und Kommissionen begnügen können. Der chinesische Vertreter in Genf, Botschafter Yen aus Washington, enthielt sich zum großen Glück des Rates denn auch jeden Hinweis auf den wahren Zustand zwischen China und Japan und hat nur den Völkerbund, Japan zur Achtung der Völkerbundscharta anzuhalten. Infolgedessen konnte der Präsident der Ratstagung, Paul Boncour, sich damit begnügen, die Vertreter Japans und Chinas zu ermahnen, jede Verschärfung der Lage zu vermeiden. Die Spitzfindigkeit, mit der Japan jede Schuld von sich auf China abzuwälzen sucht, gibt wenig Hoffnung auf eine tatsächliche Beilegung der Nachricht, daß der Kaiser von Japan seine Zustimmung zur Verminderung des japanischen Truppenkörpers in der Mandschurei gegeben haben soll. Jedenfalls werden einige weitere Monate vergehen, bis der fünfköpfige Ausschuss für die Mandschurei an Ort und Stelle angelangt ist, die Verhältnisse studiert, und seinen Bericht vorgelegt hat. Vorläufig werden Japan diese Mo-

nate zur Fortsetzung seiner Maßnahmen gegenüber China genügen.

Die Aufhebung des Jesuitenordens in Spanien seitens des Präsidenten der spanischen Republik ist mit einigen Überraschungen verbunden. Einmal konnte man nach der Haltung Ramon y Cajals im letzten Oktober, als er sich gegen die Aufhebung persönlich zur Wehr setzte, nicht annehmen, daß er die Verordnung tatsächlich unterzeichnen wird. Wenn er es doch getan hat, sowohl vor allem mit Rücksicht auf die Massen der Bevölkerung, deren Feindschaft zur katholischen Kirche ja in letzter Zeit zu gefährlichen Entladungen geführt hat, und vielleicht auch deswegen, weil zahlreiche Angehörige des Ordens sich als Feinde und Gegner der Demokratie und der Republik erwiesen haben. Spanien befindet

sich in einer außerordentlich gefährlichen Lage. Die Unzufriedenheit breiter Massen mit der Regierung wächst. Diese Regierung wird mit allen Mitteln und aller Energie vorgehen müssen, um der Lage weiterhin Herr zu bleiben. Eine Uebernahme der Auflösung des Ordens aus, der nicht in der schärften Form, wie man sie vielleicht erwartet hat, der spanischen Regierung den Fehdehandschuh hinwarf, sondern der nur sein Mitleid mit dem Schicksal der Jesuitenpater, die nun nach Belgien gehen werden, zum Ausdruck brachte. Damit dürfte eine Verbreiterung der Kluft zwischen Kirche und Staat in Spanien vermieden worden sein. Damit dürfte die Voraussetzung für eine endgültige Beruhigung geschaffen worden sein, die dieses Land so dringend braucht.

Europa wird alt

Schlechte Berufsaussichten für junge Menschen

Europa wird alt. Um diese Tatsache zu veranschaulichen, genügt es, einen Blick auf die demographischen Statistiken zu werfen. Nach den Angaben der „Alliance Nationale Française“ betrug die durchschnittliche Lebensdauer männlicher Personen in verschiedenen Ländern Europas: Dänemark im Jahre 1880 — 45 Jahre, 1925 bereits 60,5 Jahre;

Holland 40,5 im Jahre 1880 und 59 im Jahre 1925;

Schweden 47 bzw. 58 Jahre;
Norwegen 41 bzw. 56 Jahre;
Deutschland 36,5 bzw. 56 Jahre;
Belgien 36,5 bzw. 56 Jahre;
Frankreich 41 bzw. 52 Jahre;
Italien 35 bzw. 51 Jahre.

Wie aus diesen Angaben hervorgeht, ist in einem Zeitraum von 45 Jahren die Lebensdauer durchschnittlich um 25 Prozent gestiegen.

Diese Steigerung ist mit einer

Folge des Geburtenrückgangs,

der nicht nur auf die Quantität der jungen Generation einwirkt. Es ist festgestellt worden, daß die Zahl der Geburten in den ärmeren Schichten größer ist. Daher kommt es, daß der Zuwachs der jungen Generation in mancher Hinsicht nicht den Anforderungen entspricht. So hat z. B. Dr. Toulouse festgestellt, daß in Frankreich von zwei Kindern, die zur Welt kommen, nur eins nach Erlangung der Reife militärdienstfähig ist. Eine Folge des Alters der europäischen Völker ist u. a. die verminderte Aussicht auf Beschäftigung und auf einkommliche Stellungen für die jüngere Generation, was wiederum Gegensätze zwischen der einen und der anderen Generation hervorruft. Ein polnisches Blatt gibt als eine Quelle der Ausbreitung der radikalen Parteien in Deutschland die Gegensätze zwischen der älteren und der jungen Generation an, die, sobald sie in das berufstätige Alter trete, gleich feststellen müsse, daß alle Posten besetzt und die Möglichkeiten einer Beförderung im Beruf gering sind.

103 Millionen Deutsche

Die Zahl der Deutschen im Deutschen Reich beträgt 63 Millionen. Nach Feststellungen der Deutschen Beamtenschaftskorrespondenz kommen im übrigen Europa 21 Millionen Deutsche, in Nordamerika 15 Millionen, in Südamerika drei Millionen und in den übrigen Teilen des Erdballs etwa 1 Million hinzu. Es ergibt sich also als Gesamtzahl der Deutschen auf der ganzen Welt die Zahl 103 Millionen. In den Vereinigten Staaten stammen außerdem nicht weniger als 35 Millionen Menschen im zweiten und dritten Gliede von Deutschen ab.

Das Weltalphabetentum

Eine neue amerikanische Statistik zeigt, daß 62 Prozent der Menschen, die die Erdoberfläche bewohnen, weder lesen noch schreiben können. In 18 Ländern beträgt nach dieser Statistik die Zahl der Alphabeten mehr als die Hälfte der Einwohner, deren Zahl sich auf 618 Millionen beläuft. In 45 Ländern, in denen mehr als 50 Prozent die Kunst des Lesens und Schreibens nicht verstehen, wohnen 468 Millionen Menschen. Von 1364 Millionen Menschen im Alter von mehr als 10 Jahren wissen mehr als 850 Millionen nichts von der Bedeutung der Buchstaben.

Erdölgewinnung 1931



Soeben werden die Angaben über die Erdölgewinnung im Jahre 1931 veröffentlicht. Danach ist die Weltproduktion gegenüber dem Vorjahr um 26 Prozent zurückgegangen und beträgt jetzt 189,5 Millionen Tonnen. Die Reihenfolge der Hauptproduzenten ist die folgende (in Millionen To.):

1. Vereinigte Staaten von Amerika	117,4	5. Persien	6,4
2. Sowjetunion	21,6	6. Niederländisch-Indien	5,3
3. Venezuela	18,7	7. Mexiko	4,7
4. Rumänien	6,6		

Während die Produktion der meisten Staaten zurückging, hat sich die Erdölgewinnung in der Sowjetunion um 21,2 Prozent, in Rumänien um 15,2 Prozent gesteigert. (Pressegeographie.)

Hilfe für die Rußlanddeutschen in der Mandschurei

D. A. J. Die kriegerischen Verwicklungen im Fernen Osten lenken erneut die Aufmerksamkeit auf die Lage der rußlanddeutschen Flüchtlinge in der Mandschurei. Wie dringend eine rasche Hilfe ist, zeigen die folgenden Nachrichten.

In der zu Neu-Ulm (U. S. A.) erscheinenden rußlanddeutschen Zeitung „Dakota Freie Presse“ druckt Prof. Dr. Richard Sallet einen Brief aus Chabin ab, wonach der chinesische General Tschou-Sin-Kui den 1. März 1932 als äußersten Zeitpunkt für den Abtransport der ersten Gruppe rußlanddeutscher Flüchtlinge von Chabin nach Amerika festgelegt hat; in anderen Fällen sollen zu diesem Termin die Flüchtlinge sämtlich nach der Sowjetunion zurücktransportiert werden. Sallet erlöst einen dringenden Aufruf um Hilfe an die amerikanischen, zumal die lutherischen Kirchen, nachdem eine kürzlich zu Philadelphia veranstaltete

Ausprache kirchlicher Vertreter in dieser Frage zu keinem praktischen Ergebnis geführt hat. Die nordamerikanischen Mennoniten haben bereits Land für ihre Glaubensgenossen unter den Flüchtlingen im mexikanischen Staate Chihuahua gekauft und verhandeln zur Zeit mit den Schiffahrtsgesellschaften. Die übrigen nichtmennonitischen Flüchtlinge sind meist Wohlhabende, und deren Stammesbrüder in Nordamerika verfügen leider nicht über eine handlungsfähige Organisation. Auch ihnen gilt Sallets Aufruf. Für die Stellung Sallets im rußlanddeutschen Hilfswerk ist bezeichnend, daß Prof. Unruh (Karlsruhe), der Leiter der mennonitischen Welthilfe, erklärt hat, Prof. Sallets Büro sei in Zukunft wie eines der mennonitischen Büros zu behandeln. Dr. J. Kunk, ein Reichsdeutscher in Chabin, hat sich an den Deutschen Volksbund für Paraguay gewandt, damit von der dortigen Regierung 60 ha Freiland für jede Familie zur Verfügung gestellt würden. Er betont, daß das im Entstehen begriffene bessere Einvernehmen zwischen China und der Sowjetunion die Lage der Flüchtlinge bald verschlimmern könne.

Aleho

O Schlachtfeste einer Einbrecherbande. Fortgesetzt werden seit Beginn des Winters Einbrüche in die vielfach nur notdürftig verschlossenen Stallungen der Landwirte der Umgebung ausgeführt, wobei schlafrichtige Schweine abschlachtet, „schmerzlos“ und „lautlos“ abgeschlachtet, die weniger wertvollen Teile mit Rücksicht auf die billigen Schweinefleischpreise fortgeworfen und die wertvolleren Teile so spurlos in Sicherheit gebracht werden, daß bisher alle Nachforschungen nach den Tätern vergeblich waren. Die lange Reihe der Geschädigten läßt vermuten, daß die Wälschweine deutscher Landwirte besonders geschätzt werden. Das letzte dieser geheimnisvollen Schlachtfeste wurde vor einigen Tagen bei dem Landwirt Schwetmann in Wilkomsja gefeiert.

Czarnikau

ekb. Tod durch Kohlenasvergiftung. Am Morgen des 23. d. Mts. wurde das Küchleinmädchen des Gutsbesizers R. Wend-Sarben, Sophie Polzin aus Romanshof, in ihrem Bett tot aufgefunden. Die Verunglückte hatte sich an Kohlenas vergiftet: sie hatte sich am Abend vorher, da sie keinen Ofen in ihrem Zimmer hatte, einen Eimer voll brennender Kohlen mit hineingenommen, um dadurch ihr Zimmer zu erwärmen, und sich ins Bett gelegt, ohne die Kohlen wieder aus dem Zimmer zu entfernen. Aus den noch glühenden Kohlen bildete sich das tödlich wirkende Kohlenas.

ekb. Die älteste Bewohnerin der Stadt gestorben. Am 24. Januar starb die älteste Bewohnerin unserer Stadt, die Witwe Fromm im Alter von 97 Jahren. Die Verstorbene war bis zuletzt noch geistig rege und körperlich rüstig.

Kolmar

ekb. Ein falscher Kaufmann. Vor kurzem hatte sich ein Kaufmann zu Herrn Jackowski nach Wschneudorf begeben, um ihm seine Landwirtschaft abzulassen. Nach längerem Handeln einigte man sich auf 15 000 Zloty und bestimmte einen Tag, an dem man sich in Kolmar zum Verschreiben treffen wollte. An dem betreffenden Tage begab sich Herr Jackowski nach Kolmar und wartete auf seinen Käufer, aber leider vergebens. Was der falsche Kaufmann bezwecken wollte, ist unverständlich.

Wonnarow

1. Kindesmörderinnen vor Gericht. Wie wir seinerzeit berichtet haben, wurde eine gewisse M. Sokler aus Zabudowo wegen Ermordung ihres neugeborenen unehelichen Kindes verhaftet. Auch ihre Mutter wurde wegen Beihilfe unter Anklage gestellt. Vor dem Bezirksgericht in Gnesen hatten sie sich vor einigen Tagen wegen dieser Tat zu verantworten. Das Urteil lautete für jede Frau auf 5 Jahre Zuchthaus.

Budemitz

1. Schwere Einbruch. In einer der letzten Nächte wurde der Gutsbesitzer Witmus aus Goldenau schwer bestohlen. Diebe verschafften sich Eingang durch ein Fenster in die Wohnung und stahlen große Mengen Wäsche, Silberzeug, Bekleidung, Anzüge, Pelze sowie Paletots und vieles andere. Der Gesamtschaden beträgt etwa 5000 bis 6000 Zloty. Trotz energischer Untersuchung der Polizei konnten bisher die Täter nicht ermittelt werden.

Wollstein

* Der evgl. Jünglings- und Männerverein Wollstein hielt am Sonntag, dem 24. Januar in seinen Vereinsräumen seine ordentliche Generalversammlung ab. Die Eröffnung erfolgte durch den 2. Vorsitzenden Herrn

Pastor Engel. Abmann übernahm der 1. Vorsitzende Herr Dr. Schulz die Leitung und erteilte dem Schriftführer Höpner das Wort zur Verlesung des Jahresberichts. Aus demselben ging hervor, daß bei Beginn des Jahres ein Mitgliederbestand von 126 war, daß 5 Mitglieder im Laufe des Jahres ausgetreten, 5 Mitglieder verzogen und 3 Mitglieder in den Dienst eingetreten sind. Von diesen 113 Mitgliedern gehören 45 der Männerabteilung, 45 der Jungmännerabteilung und 24 der Jünglingsabteilung an. Die Vorstandswahl brachte bis auf ein Mitglied — welches sein Domizil wechselt — Wiederwahl des alten Vorstandes. Der Jahresbericht als auch der Kassenbericht kann als recht zufriedenstellend bezeichnet werden, so daß in Anbetracht der schweren Zeit eine Ermäßigung der Beiträge genehmigt werden konnte. Die vergangenen Feste im Jahre 1931 fanden in den Berichten eine eingehende Würdigung — wobei vor allem das großangelegte Bezirksposamentenfest Würdigung erfuhr. Im Großen und Ganzen zeigte die Berichtserstattung über das Vereinsleben ein Bild eifriger Arbeit und rüstigen Vorwärtstreitens. Mit Segen und Segen schloß die anregende verlaufene Sitzung.

Ramisch

□ Zuwachs im Zuchthaus. Gestern vormittag langten 120 Sträflinge aus Wilm auf dem hiesigen Bahnhof an. In zwei Partien wurden sie — in Ketten gefesselt — auf dem Umwege über die Promenade nach dem Gefängnis gebracht. Eine große Menschenmenge begrüßte die Transporte. Ein weiterer Transport von 10 Mann aus Piotrkow ist noch angefragt.

Kempen

gr. Autounfall. Der auf der Straße Kempen-Böleslawiec verkehrende Omnibus fuhr abends auf der Chaussee hinter Baranow gegen einen Wagen. Bei dem Zusammenstoß wurde nur eine Person leicht verletzt.

Russlands zweiter Fünfjahresplan

Wirtschaftlicher Ausbau und politische Zwecke

Am 30. Januar d. J. tritt in Moskau die 17. Parteikonferenz zusammen, auf deren Tagesordnung diesmal eine besonders wichtige Frage — der „zweite Fünfjahresplan“ — steht. Wie die Beschlüsse der Konferenz über die zweite „Pjatiletka“ ausfallen werden, kann man schon ziemlich klar aus den Thesen ersahen, die zu den bevorstehenden Referaten des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotow und des Präsidenten des Staatlichen Planausschusses Kuibyschew soeben veröffentlicht worden sind. Da diese Thesen vom Politbüro, der entscheidenden Instanz der Partei, gebilligt worden sind, so werden die darin enthaltenen Richtlinien für die Aufstellung des „zweiten Fünfjahresplanes“ bei den Beratungen der Parteikonferenz kaum wesentliche Änderungen erfahren.

Im allgemeinen sehen die Thesen Molotows und Kuibyschews eine Fortführung des Wirtschaftskurses vor, der bereits den Wirtschaftsjahren 1926, dem ersten Fünfjahresplan, zugrunde liegt. Der weitere Ausbau der Schwerindustrie soll nach wie vor mit Nachdruck fortgesetzt werden. Daneben sollen aber auch die anderen Industriezweige stärker als bisher entwickelt werden, die Massenbedarfsartikel liefern. Die Bedürfnisse der breiten Massen sollen also nicht mehr dem Masse vernachlässigt werden, wie dies unter dem ersten Fünfjahresplan der Fall war, was zu bedauerlichen Verzögerungen bei der Entwicklung der Schwerindustrie führte. Die Produktion von Eisen und Stahlindustrie soll, wie im ersten Fünfjahresplan, gegenüber den Planzielen Produktion vorsehen, jedoch zum Teil erheblich niedriger angesetzt sein, als man nach den bisherigen Ankündigungen erwarten konnte. Insbesondere trifft dies für die Eisen- und Stahlindustrie zu, die im ersten Fünfjahresplan eine Rohleistung von 22 Mill. t im Jahre 1937, während man in Sowjetkreisen noch vor nicht allzu langer Zeit gehofft hatte, die Rohleistung zu bringen. Auch der Vorschlag von 22 Mill. t für 1937 erscheint indessen noch reichlich hoch, wenn man bedenkt, dass die Rohleistung im Jahre 1931 nur 4,9 Mill. t betrug und die Produktion für den ersten Fünfjahresplan, veranschlagt ist. Die Rohleistung soll im Jahre 1937 250 Mill. t erreichen, gegenüber einem Vorschlag von 90 Mill. t im Jahre 1931 und einer tatsächlichen Förderung von 56 bis 57 Mill. t im Jahre 1931. Die Naphthagerinnung soll

Was wird aus den Vieh- und Schweinepreisen?

Die Preiskatastrophe an den Viehmärkten nimmt immer erschreckendere Formen an. Der Landwirt erhält bestenfalls für prima vollfleischiges Rindvieh 32 Zl. für Kälber 34 Zl. für Schweine als höchsten Preis 40–42 Zl. durchschnittlich jedoch nur noch 36–38 Zl. pro dz. Die durch die Einführung des deutschen Butterzolls herbeigeführte Zerrüttung des inländischen Buttermarktes macht die Katastrophe vollständiger, und die Folgen dieser neuen Enttäuschungen für die Landwirtschaft sind noch gar nicht abzusehen. Der Ertrag der Milchwirtschaft brachte dem Landwirt bisher, wenngleich nicht hohe, so doch regelmäßige Einnahmen, die ihn zur Zahlung der laufenden Ausgaben, der Löhne usw. instandsetzten. Wenn jetzt die Milchereien den von ihnen gezahlten Milchpreis bis auf 2,5 Zl. teilweise pro Fettprozent herabsetzten, so wird dadurch in vielen Fällen die Milchproduktion zu einem Verlustgeschäft, so dass viele Landwirte ihre Rindviehhaltung noch stärker einschränken werden. Hierdurch aber wird das Angebot auf dem Viehmarkt noch mehr vergrössert. Daher sind auch die Perspek-

tiven für die künftige Preisentwicklung bei Rindvieh sehr ungünstig, zumindest für die nächsten Wochen. Erst wenn die Ställe geräumt sind, kann hier eine Wendung zum Besseren eintreten; es erscheint indes nicht ausgeschlossen, dass schon der Beginn der Weidezeit das Überangebot verringern und eine leichte Aufbesserung der Preise herbeiführen kann. Ausschlaggebend ist die Frage, ob es gelingt, die zum grossen Teil verlorenen Absatzmöglichkeiten im Auslande wiederzugewinnen. In noch höherem Masse gilt dies für die Entwicklung der Borstenviehpreise; man sollte polnischseits mit allen Kräften bestrebt sein, eine Wiedereröffnung der Ausfuhr nach dem Prager und Wiener Markt zu erreichen und nicht zögern, als Gegenleistung diesen Staaten die geforderten Kontingente für die Einfuhr von Industrieerzeugnissen nach Polen einzuräumen. Die Ausfuhr von Baconwaren nach England hat in der letzten Zeit beträchtliche Verluste erlitten, und es erscheint fraglich, ob die soeben vorgenommene Erhöhung der Ausfuhrprämien genügt, um die noch zu erwartenden Einbußen auszugleichen. Indessen erscheint auch für Schweine eine leichte Erholung der Preise zum Frühjahr nicht ausgeschlossen; es ist sogar möglich, dass schon Mitte März ein Stand von 100 Zl. pro dz. wieder erreicht wird.

Märkte

Posen, Getreide, 28. Januar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty fr. Station Poznań.

Transaktionspreise:	
Roggen 1115 to.....	22.50
Weizen 30 to.....	23.00
15 to.....	22.75

Richtpreise:

Gerste 64–66 kg	19.50–20.00
Gerste 38 kg	21.00–22.00
Braugerste	23.50–24.50
Hafer	19.50–20.00
Roggenmehl (65%)	33.50–34.50
Weizenmehl (65%)	34.75–36.75
Weizenkleie	14.00–15.00
Weizenkleie (grob)	15.00–16.00
Roggenkleie	14.50–15.00
Raps	33.00–34.00
Sommerwicke	22.00–24.00
Pelushken	21.00–23.00
Viktoriaerbsen	23.00–27.00
Folgererbsen	29.00–32.00
Blau Lupinen	13.00–14.00
Gelblupinen	16.00–17.00
Senf	33.00–40.00

Gesamttendenz: schwach. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 30 to., Weizen 30 to.

Danzig, 27. Januar. Letzte amtliche Notierung für 100 kg. Weizen, 128 Pfd., weiss, ohne Handel, Weizen, 128 Pfd., rot, bunt 14, Roggen, flau 14.40, Gerste, feine 14.25–15, Gerste, mittel 13–14, Futtergerste 12.75–13, Hafer 12.75–13, Viktoriaerbsen 14 bis 16, Grüne Erbsen 18–21, Roggenkleie 9, Weizenkleie 8.75–9, Zufuhr nach Danzig in Wagg.: Weizen 1, Roggen 25, Gerste 7, Hülsenfrüchte 1, Saaten 1.

Getreide. Graudenz, 26. Januar. Die Firma „Rolnik“ in Graudenz notiert für 100 kg loko Verladestation in der Nähe von Graudenz: Roggen 20.50 bis 21.50, Weizen 20–21, Durchschnittpreis 18–19, Braugerste 21–23, Hafer 18.50–19.50; die Firma Rosanowski notiert loko Mühle für 100 kg: Weizenluxusmehl 53 mit Sack, Weizenmehl (0000) 38, Roggenmehl 38, Weizenmehl 30, Roggenmehl 30 mit Sack, Gerstenmehl 25, gemischtes Schrot 24, Gerstengrütze 40, Rubsamen 40, Roggenkleie 15.50, Weizenkleie 15, grobe 16, Roggen, Weizen und Gerste sind billiger geworden. Marktverlauf: schwach.

Produktenbericht. Berlin, 27. Januar. Roggen schwächer. Die Preisgestaltung im Produktenverkehr war heute uneinheitlich. Am Roggenmarkt zeigte sich stärkere Zurückhaltung der Käufer angesichts der bevorstehenden Wiederaufnahme der Verhandlungen in der Brotpreisfrage. Trotz des geringen Inlandsangebotes sprachen sich die Lieferanten ab und Gebote 1–2 Mark niedriger, zumal im handelsrechtlichen Lieferungsverhältnis Abgaben von bestimmter Seite erfolgten, so dass die Preise bis 1.75 Mark schwächer einsetzten. Das Weizenangebot hat sich dagegen nach den gestrigen Preissteigerungen etwas vermehrt, da aber die in den letzten Tagen beobachtete Kauineligkeit anhält, waren 1 Mark höhere Forderungen durchzuholen. Die Umsatzfähigkeit war in Weizen etwas stärker als in Roggen, was schon durch den Umfang des Angebots erklärlich ist. Der Weizenlieferungsmarkt eröffnete sich 1.50 Mark fester. Weizenmehl wurde gestern abend noch verschiedentlich umgesetzt, heute waren die erhöhten Forderungen schwer durchzuholen. Roggenmehl haben ruhiges Geschäft bei wenig veränderten Preisen. Das Haferangebot bleibt ziemlich gering, an der Küste hat die Nachfrage etwas nachgelassen und gestrige Preise sind nicht immer zu erzielen, auch der Lieferungsmarkt lag ruhiger. Gerste hat unveränderte Marktlage. Für Weizen-Exportsechse besteht weiterer Aufwärtstrend bei behaupteten Preisen. Roggen-Exportsechse liegen ruhig und nominell unverändert.

Berlin, 27. Januar. Getreide und Oelsaat per 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preise in Goldmark. Weizen, märk. 234–236, Roggen, märk. 197–199, Braugerste 158–168, Futter- und Industrieergerste 153–158, Hafer, märk. 139–147, Weizenmehl 28.25–32, Roggenmehl 27.25–29.50, Weizenkleie 9.60 bis 10, Roggenkleie 9.60–10, Viktoriaerbsen 21–27.50, Kleine Speiserbsen 21–23.50, Futtererbsen 15–17, Pelusken 16–18, Ackerbohnen 14–16, Wicken 16 bis 19, blaue Lupinen 10–12, gelbe Lupinen 14.50–16, neue Seradella 23–29, Leinkuchen 11.70 bis 11.80, Trockenschrot 6.60–6.70, Sojabohnen, ab Hamburg 10.60–10.80, ab Stettin 11.90, Kartoffelflocken 12.50 bis 12.60.

Getreide-Termingeschäft. Berlin, d. 27. Januar. Mit Normalgewicht 755 g vom Kahn oder vom Speicher Berlin. Getreide für 1000 kg. Mehl für 100 kg einschliesslich Sack frei Berlin. Weizen: Loko-Gewicht 71.5 kg Hektoliter-Gewicht: März 248.25 bis 249, Mai 257.50–258.50; Roggen: Loko-Gewicht 69 kg Hektoliter-Gewicht: März 206.75–206, Mai 212 bis 211 und Brief; Hafer: März 161, Mai 168.50 bis 169–168.50 und Brief.

Hamburger Cinnotierungen für Auslandsgetreide vom 27. Januar. Weizen: Manitoba I hard (loko und Januar) 6.70 bzw. 6.65, Manitoba I 6.55 bzw. 6.50, do. II 6.15 bzw. 6.05, do. III 5.75 bzw. 5.70, Hard Winter I 6.00 bzw. 5.90, do. II 5.80 bzw. 5.75, Bahia-Blanca La Plata Baruso 79 kg 5.20 bzw. 5.00, La Plata Rosa P6 79 kg 5.20 bzw. 4.85 hll.; Roggen: Amer. Western II 5.05 bzw. 5.00, La Plata 4.90 bzw. 4.85, Russen 5.10 bzw. 5.10; Mais: La Plata 3.30 bzw. 3.40, Donau-Galfoz 3.25 bzw. 3.40, La Plata Cinqu. 3.60 bzw. 3.60 hll.; Gerste: Donau 60–61 kg 5.15 bzw. 5.10, La Plata 4.85 bzw. 4.85, Canada Western, Russ. 5.20 bzw. 5.15 hll.; Leinsaat: La Plata loko 7.25 hll.; Weizenkleie: grobe La Plata-Brasil loko 3.80 hll. (alles für 100 kg).

Kartoffeln. Berlin, 27. Januar. Grosshandelspreise frei Verkaufsstelle des Kleinhandels: gelbfleischige 3.25, Weissfleische 2.55, Rote 2.75, Blaue 3. Grosshandelspreise frei Verkaufsstelle des Kleinhandels für Abgabe an Erwerbslose: gelbfleischige 3.10, Weissfleische 2.40, Rote 2.60, Blaue 2.85. Kleinhandels-

Bilanz der Holzausfuhr 1931

D. P. W. Den polnischen statistischen Nachrichten entnehmen wir folgende Einzelheiten über die polnische Holzausfuhr im Dezember und im ganzen Jahre 1931:

	Dez. 1931	Dez. 1930	Jan.-Dezbr. 1931	Jan.-Dezbr. 1930
	to	in 1000 zt	in 1000 zt	in 1000 zt
Papierholz	12163	468	2266	10302
Grubenholz	11530	485	1305	7736
Klöten und Balken	9287	759	1384	13225
Balken und Bretter	34299	5284	17303	118368
Eisenbahnschwellen	9265	1166	1296	25583
Holzmöbel	334	682	936	9132
Fournierholz				
Erzeugnisse daraus	3138	1777	1232	16502

Die Ausfuhr von Papierholz hat sich im Dezember 1931 gegenüber dem Vormonat verkleinert. Im Vergleich zu Dezember 1930 ist sie wertmässig auf etwa 1/3 gefallen. Die Dezemberausfuhr von Grubenholz ist etwas höher als die Novemberausfuhr, steht jedoch weit hinter den Dezemberzielen 1930 zurück. Die Ausfuhr von Möbelen und Fournierholz hat sich zwar vermindert, ohne dass dieser Rückgang katastrophal wäre. Man glaubt, dass gerade für diese Erzeugnisse gute Zukunftsmöglichkeiten bestehen. Die Ausfuhr von Klöten und Langholz ist im Dezember 1931 geringer gewesen als im Vormonat und bezüglich der übrigen Holzarten zu machen, mit Ausnahme von Fournierholz und Erzeugnissen daraus, sondern auch die des Dezember 1930 erheblich überstiegen hat.

Ein Vergleich der polnischen Holzausfuhr in den Jahren 1931 und 1930 führt zu folgenden Feststellungen. In erster Linie fällt der sehr erhebliche Rückgang der Papierholzausfuhr auf, die fast um 75 Prozent zurückgegangen ist. Dies erklärt sich folgendermaßen: Früher dominierte das polnische Papierholz auf dem deutschen Markt. In den letzten Jahren jedoch hat das sowjetrussische Papierholz die polnische DabeL stellenweise auf dem deutschen Markt verdrängt. Preisunterbietungen, als um das Angebot einer besseren Qualität. In den polnischen Kreisen rechnet man, dass die polnische Holzausfuhr sich gegenüber 1930 genau halbiert. Auch hier spielt der Ausfuhrergrößen nach Deutschland eine bedeutende Rolle. Andererseits hat Polen den französischen Markt mit seinen Grubenholzmengen beliefert. Im Zusammenhange mit der Einfuhrkontingentierung in Frankreich gänzlich eingestellt werden. Bei der Betrachtung der Bilanz über das polnische Holzausfuhrgeschäft im Jahre 1931 muss noch einmal daran erinnert werden, dass sich die Verwaltung der polnischen Staatsforsten seinerzeit bemüht hat, mit den Saargruben Verträge über Grubenholzlieferungen abzuschliessen. Die deutsche und ausländische Presse berichtete darüber von einem Auftrage von 16–20 000 Waggons; diese Meldung hatte eine Steigerung der Grubenholzpreise zur Folge. Bald stellte es sich jedoch heraus, dass die Nachrichten über den Vertragsabschluss verheerend waren, da sich im Laufe der Verhandlungen Grubenholz von Polen nach dem Saargebiet zu den angeblichen oder möglichen Preisen nicht rentierte.

In Klöten, Langholz und anderem Rundholz ist ebenfalls ein Ausfuhrrückgang zu verzeichnen, den man in Polen jedoch nicht als Nachteil wertet. In gewichtigen der Handelsbilanz sprichwörtlicher Raubbau in den Wäldern Polens betrieben. Seit dem Jahre 1927 geht die polnische Rundholzausfuhr ständig zurück, trotzdem wird in polnischen Fachkreisen anzu zu hoch sein.

Die Ausfuhr von Balken, Brettern und anderem Schnittholz hat sich zwar stark vermindert, jedoch nicht in dem Masse, wie man Anfang 1931 infolge der menschenbedingten des deutsch-polnischen Holzabkommens befürchtet hatte. Vorher war mehr als die Hälfte der polnischen Schnittholzausfuhr nach Deutschland gegangen. Nach dem 1. Januar 1931 bemühten sich die polnischen Holzexporteure um die von ihnen z. T. vernachlässigten Märkte Frankreich, Belgien und Holland, wodurch sie einen Teil des ausfallenden Exports nach Deutschland ausgleichen konnten. Man

nimmt in Polen an, dass der Ausfuhrückgang im Jahre 1931 noch geringer gewesen wäre, wenn die bekannten Schwierigkeiten (Währungsverfall, Devisenverschärfungen usw.) nicht aufgetreten wären.

Am geringsten ist die Ausfuhr von Eisenbahnschwellen zurückgegangen. Man erklärt uns das damit, dass Polen bei den ausländischen Ausschreibungen besonders günstige Offerten eingereicht hat.

Das russische Dumping in Polen

In den letzten Tagen ist ein verschärfter Konkurrenzkampf zwischen dem polnischen Gummischuhproduzentenverband und den russischen Schuhimporteuren festzustellen. Angesichts des scharfen russischen Druckes hat sich das Syndikat gezwungen gesehen, den Einzelhändlern bei gewissen Artikeln die Rabatte um 5 Prozent zu erhöhen, um auf diese Weise der von den russischen Schuhlieferanten befolgten Preispolitik mit Erfolg zu begegnen. Dieser Kampf verschärft sich naturgemäss durch die stark verringerte Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes. Ein Ausdruck dafür ist die starke Zunahme der Lagerbestände. Diese haben sich auch dadurch erhöht, dass die in Lodz konzentrierte Gummischuhindustrie durch längere Zeit in drei Schichten voll arbeitet, so dass heute das Syndikat über einen Lagerbestand von 60 000 Paar Gummischuhen verfügt. Die Preise haben vorerhand noch keine Veränderung erfahren, zweifellos macht sich aber schon gegenwärtig eine nach abwärts gerichtete Tendenz bemerkbar. Zu der russischen Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt gesellt sich noch ein verstärkter Wettbewerb der japanischen Industrie auf den Exportmärkten. Endlich ist noch auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, in die dieser Industriezweig durch die Devisenzwangswirtschaft und gerade in letzter Zeit wieder erlassenen Importbeschränkungen in der Tschechoslowakei, Dänemark, Oesterreich, Belgien, Bulgarien u. a. m. hineingerät.

Gründung eines Verbandes der Südfruchtimporteure

Ein Verband der Südfruchtimporteure G. m. b. H. mit dem Sitz in Gdingen ist soeben gegründet worden. Laut „Agnecja Wschodnia“ ist dem neuen Verband auch der Danziger Verband der Obsthändler beigetreten.

Im Zusammenhang mit den neuen Zollbestimmungen, welche Vergünstigungssätze für die seewärtige Einfuhr von Südfrüchten enthalten, sind im Gdingen Hafen bereits einige Transporte von Apfelsinen usw. eingetroffen. Mit den Dampfern der Svenska Orient Line sind direkt von Jaffa über 3000 Kisten (120 t) Apfelsinen und 150 Kisten Grapefruits eingeführt worden. In geringeren Mengen (etwa 40 t) sind auch spanische Apfelsinen mit Umladung in Kopenhagen nach Gdingen gebracht worden.

Kleine Meldungen

Essigproduktion in Polen

Mit der Herstellung von Essig sind in Polen 108 Fabriken mit etwa 500 Arbeitern beschäftigt. Die grössten und bestorganisierten Fabriken befinden sich in der Wojewodschaft Posen, dagegen zählen die sechs Ostwojewodschaften zusammen nur elf Essigfabriken. Die auf Essig verarbeitete Spiritusmenge betrug im Jahre 1930 etwa 2 Mill. Liter. Der Verbrauch beläuft sich auf nur einen halben Liter pro Kopf der Bevölkerung.

Forstsaat

Den Waldbesitzern wird auch in diesem Jahre die Gelegenheit geboten, einwandfreies Forstsaatgut (vor allem besten Kiefern- und Fichten-samen einheimischer Rasse) durch den Sonderausschuss für forstliches Saatgut der Welage zu beziehen — sofern baldige Bestellungen dort eingehen. Im Hinblick auf die grosse Bedeutung der Verwendung von Saatgut aus rassereinen Beständen sei auf diese Bezugsquelle besonders hingewiesen.

Ausbau der staatlichen Stickstoffabrik Moscice

Die staatliche Stickstoff-Fabrik in Moscice bei Tarnów (Westgalizien) hat im Laufe des Jahres 1931 das vor etwa zwei Jahren aufgestellte Programm der Produktionsvergrößerung durchgeführt und die Herstellung verschiedener Arten von Stickstoffdüngemitteln aufgenommen, die, wie beispielsweise granulierter Kalksauper, schwefelsaures Ammoniak in Kristallen u. a., bisher in Polen nicht produziert wurden. Der Gesamtsatz der Fabrik betrug im vergangenen Jahr etwa 80 000 t gegenüber nur 17 000 t im Jahre 1930. Etwa 40 000 t, also rund die Hälfte des Gesamtsatzes, wurden ins Ausland ausgeführt.

preise frei Verkaufsstelle für Abgabe von Kartoffeln an Erwerbslose: Gelbfleischige 3.41, Weissfleische 2.64, Rote 2.86, Blaue 3.14.

Gemüse. Berlin, 27. Januar. Preise in Rm., per 50 kg, wenn nicht anders vermerkt. Inländisches: Weisskohl 3.50–4.50, Wirsingkohl 4–6, Rotkohl 4–6, Rosenkohl 8–12, Grünkohl 2.50–3.50, Kohlraben 2.50 bis 3.50, Rote Rüben 2.50–4, Mohrrüben 2–3, Rübchen 5–8, Rübchen, echte 12–15, Spinat 6–9, Spinat, Blatt 10–14, Salat, Dresdener Escarol, 100 Kops 10 bis 25, Salat, Rapunzel 16–25, Salat, Rapunzel, Dresdener 30–40, Rhabarber, Treibhaus 8–13, Champignons, Treibhaus 100–150, Radieschen, Dresdener, Schockbund 7–8, Rettiche, Dresdener, Schock 4–8, Rettiche, bayerische, Schock 5–10, Meerrettich 25 bis 35, Sellerie 6–9, Sellerie, gewaschen 8–10, Porree je nach Grösse, Schock 0.60–1.20, Petersille je nach Grösse, 100 Bd. 8–10, Petersillenzwurzeln 5–8, Zwiebeln 10–12, Zwiebeln, grosse 11–12, — Aepfel: hiesige Tafel 10–28, Aepfel, hiesige Koch 6–12, Birnen, hiesige Tafel 15–25, Birnen, hiesige Koch 6–10. — Marktlage: Gemüse: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Butter. Berlin, 26. Januar. (Amtliche Preissetzung der Berliner Butternotierungskommission.) Per Zentner 1. Qualität 103, 2. Qualität 96, abfallende Qualität 86. (Preise vom 23. Januar: Dieselben.) Tendenz: ruhig.

Zucker. Magdeburg, 27. Januar. (Notierungen in Rm. für 50 kg Weisszucker netto, frei Seeschiff Hamburg einschliesslich Sack): Januar 6.00 Brief, 5.75 Geld, Februar 6.00 bzw. 5.75, März 6.05 bzw. 5.85, Mai 6.30 bzw. 6.15, August 6.65 bzw. 6.40 Oktober 6.80 bzw. 6.60, Dezember 7.00 bzw. 6.80.

Posener Börse

Posen, 28. Januar. Es notierten: 5% Konvert.-Anl. 39.25 G (39.25), 8% Dollarb. d. Pos. Landsch. 76–75–76 B (77–77.50–77), 6% Roggenb. der Pos. Landsch. 12.75–12.50–12.75 G; Bank Polski 100 G. Tendenz: behauptet.

G = Nachtr., B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Danziger Börse

Danzig, 27. Januar. Scheck London 17.76, Dollarnoten 5.12%, Reichsmarknoten 120%, Zlotynoten 57.56.

Im heutigen Devisenverkehr war das englische Pfund wenig verändert; Scheck London hörte man mit 17.74 bis 17.78. Reichsmarknoten lagen international etwas schwächer und waren, ebenso wie Auszahlung Berlin, im Freiverkehr mit 120–121% zu hören. Dollarnoten waren mit 5.12% zu hören, während Kabel New York heute 5.1350 notierten. Der Zloty war wenig verändert mit 57.50–62 für Noten und 57.48–60 für Auszahlung Warschau.

Warschauer Börse

Warschau, 27. Januar. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.90, Goldrubel 501, Tschernowetz 0.32 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.80, Berlin 210.50, Bukarest 5.34, Helsingfors 13.30, Kopenhagen 169.50, Oslo 167.00, Sofia 6.47, Stockholm 172, Italien 44.95, Montreal 7.60.

Effekten

Es notierten: 3proz. Prämien-Bauanleihe (Serie I) 32.25 (—), 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe (Serie II) 32.50 (—), 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe (Serie III) 32.50 (—), 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III) 43.50 (43.50), 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 40.25 (—), 6proz. Dollar-Anleihe 55.50 (55), 7proz. Stabilisierungs-Anleihe 54.50 (54.25).

Bank Polski 100.50 (100.50). Tendenz: ruhig.

Amtliche Devisenkurse

	27.1.	27.1.	26.1.	26.1.
	Gold	Brief	Gold	Brief
Amsterdam	358.65	360.45	358.65	360.45
Berlin	211.30	212.72	—	—
Brüssel	124.09	124.71	124.04	124.66
London	30.65	30.95	30.83	31.13
New York (Scheck)	8.897	8.937	8.896	8.936
Paris	35.04	35.22	35.02	35.20
Prag	—	—	26.36	26.48
Rom	—	—	—	—
Danzig	178.37	174.23	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Zürich	173.76	174.63	173.72	174.58

Tendenz: fester; London schwächer.

Berliner Börse

Amtliche Devisenkurse

	27.1.	27.1.	26.1.	26.1.
	Gold	Brief	Gold	Brief
Bukarest	2.517	2.523	2.517	2.523
London	14.51	14.55	14.53	14.57
New York	4.208	4.217	4.208	4.217
Amsterdam	169.58	169.82	169.48	169.82
Brüssel	58.69	58.81	58.58	58.61
Budapest	56.94	57.03	56.94	57.03
Danzig	82.07	82.23	82.12	82.28
Helsingfors	6.334	6.366	6.344	6.366
Italien	21.08	21.12	21.08	21.12
Jugoslawien	7.463	7.477	7.463	7.477
Kaunas (Kowno)	41.93	42.06	41.98	42.06
Kopenhagen	79.97	80.13	80.02	80.18
Lissabon	13.24	13.26	13.24	13.26
Oslo	78.82	78.98	78.92	78.98
Paris	16.57	16.61	16.56	16.62
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485
Schweden	82.10	82.26	82.10	82.26
Sofia	3.057	3.063	3.057	3.063
Spanien	33.36	33.44	33.36	33.44
Stockholm	81.12	81.28	81.12	81.28
Wien	49.95	50.03	49.95	50.03
Tallin	111.39	111.61	111.33	111.69
Riga	80.92	81.08	80.92	81.08

Ostdevisen. Berlin, 27. Januar. Auszahlung Posen 47.15–47.35 (100 Rm. = 211.19–212.09), Auszahlung Warschau 47.15–47.35, Auszahlung Kattowitz 47.15–47.35; grosse polnische Noten 46.975–47.375.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

